

In der ami-Ausgabe 12/00 findet sich die Dokumentation des Appells sowie Beiträge von Markus Euskirchen, Ekkehart Krippendorff und Reiner Steinweg zu den Intentionen des Linzer Appells. An dieser Stelle wollen wir die Debatte um den Linzer Appell zur Neugestaltung der internationalen Friedenspolitik mit zwei Beiträgen fortführen.

*Mohssen Massarat*

## **"Internationaler Interventionsrat" und Ziviler Friedensrat der UNO**

### **Anmerkungen zum "Linzer Appell"**

1. Ich halte die Grundmotivation, die sich hinter dem "Linzer Appell" verbirgt, für richtig und unerlässlich. Es reicht längst nicht mehr aus, pazifistische Politik auf bloße Kritik des Militärischen zu reduzieren, die - wenn sie als solche allein jemals wirksam war - immer weniger ausreicht, um Kriege zu verhindern und Gewalt und Militär weltweit abzubauen. Radikale Kritik des Militärischen bleibt auch in Zukunft für Pazifisten unverzichtbar, auch Projekte ziviler Konfliktbearbeitung sind erforderlich, um die konkrete Utopie beispielhaft auszuprobieren und erlebbar zu machen. Zu einem offensiven pazifistischen Handeln gehört jedoch m.E. eines mehr. Vor allen Dingen müssen wir Pazifisten uns gerade angesichts der bitteren Erfahrungen des Kosovokrieges bemühen, um die kulturelle Hegemonie der "Bellizisten", die sich als neue Kriegerrechtsfertigungsmuster "Krieg schafft doch Frieden", "Krieg schützt Menschenrechte" in den Köpfen einer Mehrheit der Menschen festgesetzt hat, zurückzudrängen und die Idee des Pazifismus, dass Krieg keinen Frieden schafft und auch Menschenrechtsverletzungen nicht verhindert, in den Vordergrund zu stellen. Dazu gehören offene und offensive Auseinandersetzungen mit der Tatsache von Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehören auch Konzepte und Handlungsschritte, die

(a) verhindern helfen, dass die "humanitäre Intervention" ein salonfähiger Rechtfertigungsgrund für Krieg und die weitere Legitimation von Militärs wird, und die

(b) Konturen friedenspolitischer Alternativen zum Militär in einer neuen Weltordnung aufzeigen.

Nichts ist für den politischen Pazifismus gefährlicher, als

Prof. Dr. Mohssen Massarat  
lehrt an der Universität  
Osnabrück

diesen durchaus risikoreichen Weg umgehen zu wollen. Wer politischen Risiken aus dem Weg geht, kommt selbst darin um.

2. Der "Linzer Appell" stellt einen ernsthaften Versuch dar, das pazifistische Ghetto zu verlassen und in die Offensive zu gehen; und er enthält bedenkenswerte Anregungen und Ideen, liefert allerdings auch Anlass zu ernsthafter Kritik:

- (a) Ein "Interventionsrat" hat unweigerlich eine sprachlich negative Konnotation und hebt auch konzeptionell auf Menschenrechtsverletzungen ab. Durch diese einschränkende Funktionsfestlegung ist er tatsächlich der Gefahr ausgesetzt, instrumentalisiert zu werden. Der Appell mit seiner missverständlichen Stoßrichtung leidet offensichtlich darunter, dass er aus der Defensive und gegen eine durch Propaganda und Manipulation erzielte Legitimation der "humanitären Intervention" im Nato-Jugoslawien-Krieg entstanden ist.
- (b) Forderungen des Appells wie "solide Ausbildung von KonfliktbearbeiterInnen" und Einrichtung von "Systemen zur Früherkennung von Konflikten ..... und frühzeitiger Einsatz ziviler Kräfte" stehen isoliert neben der Forderung nach Einrichtung des Interventionsrates.
- (c) Dabei liegt es nahe, die unter (b) genannten Forderungen der Verantwortung jenes zivilgesellschaftlichen Rates zuzuführen, und damit diesen Rat, dessen politische Durchsetzung mit erheblichen Anstrengungen verbunden sein dürfte und der selbst ein Projekt ist, für das die internationale Friedensbewegung einen langen Atem braucht, mit wirkungsvollen Kompetenzen auszustatten, die im Interesse der Vorbeugung von Konflikten, Kriegen und Menschenrechtsverletzungen unerlässlich sind. Welche andere Einrichtung wäre auch sonst dafür prädestiniert, Aufgaben wie Frühwarnung, zivile Konfliktbearbeitung, Bildung und Ausbildung von Friedensfachkräften zu initiieren, zu überwachen und zu koordinieren als eben eine zivile Einrichtung. Die Regierungen werden aus nachvollziehbaren Gründen dergleichen entweder unterlassen oder aber zu Alibitätigkeiten degradieren.
- (d) Durch die Erweiterung seiner Kompetenzen verlöre der "Interventionsrat" seinen auf die bloße Feststellung von Menschenrechtsverletzungen beschränkten defensiven Charakter und wäre dann auch nicht mehr der reagierende "Interventionsrat", sondern ein auf die Zukunft orientierter und gestaltender Ziviler Friedensrat.

3. Ein mit diesen Aufgaben und Kompetenzen ausgestatteter Ziviler Friedensrat der UNO (United Nations Civilian Peace Council) wurde bereits im Mai 1998 im European Peace Congress in Osnabrück (EPC) diskutiert und stieß dort auch auf breite Zustimmung. Eine Reihe der Unterzeichner-Organisationen und UnterzeichnerInnen des "Linzer Appells" waren auch Mitveranstalter des EPC und haben im Kongress aktiv über den Vorschlag Ziviler Friedensrat mitdiskutiert. Offensichtlich wurde es versäumt, die Diskussionsergebnisse in den "Linzer Appell" einzubringen.

4. Dennoch ist es nicht zu spät. Wir sind alle - so ist jedenfalls zu hoffen - am Beginn einer neuen Epoche der Politik- und Interventionsfähigkeit des Pazifismus und sollten Fehler korrigieren und die einzelnen Kampagnen als Teil eines gemeinsamen Lernprozesses begreifen, unsinnige Konkurrenz vermeiden und durch Kooperation die wenigen Kräfte für wirkungsvolle Schritte bündeln. Es sind ohnehin zahlreiche Fragen bezüglich der Möglichkeiten einer Legitimierung derartiger ziviler Einrichtungen offen, die noch einer gründlichen politischen und völkerrechtlichen Würdigung bedürfen.

5. Ich schlage daher den Initiatoren des "Linzer Appells" vor, Größe zu zeigen und ihre Kraft vorläufig auf eine Überarbeitung des Appells zu konzentrieren, um eine Situation der Endgültigkeit durch die Erweiterung des Unterzeichnerkreises zu vermeiden.

6. Des Weiteren wird den Initiatoren vorgeschlagen, ihren Appell bei der eigens für die Diskussion des Konzepts "Ziviler Friedensrat" geplanten IPPNW-Tagung Ende September 2001 in Berlin einzubringen, und zwar mit dem Ziel, möglichst ein gemeinsames und von der gesamten Friedensbewegung akzeptierbares Konzept weiterzuentwickeln und vorerst zur Diskussion zu stellen.